

Oesterreich-Ungarn. Sozialgesetzgebung in Ungarn.

Soeben ist der zweite Teil des Gewerbebesetzungsgesetzes erlassen. Anstelle der bisherigen freien Zimmungen sollen Zwangsimmungen treten, und zwar nicht nur für die Handwerker, sondern auch für die Kaufleute. Für gewisse Unternehmungen von „öffentlichen Interessen“ (in Betrieben für Wasser- und Lichtverorgung, Sozialwesen usw.) wird das Streikrecht aufgehoben. Der Entwurf fördert den Arbeitern die Koalitionsfreiheit zu, jedoch nur zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder. Es wird der Polizei immer ein leichtes sein, einen Vorwand für die Auflösung der Gewerkschaft zu finden, indem man ihnen die Befolgung „politischer Interessen“ nachweisen wird. Der Gesetzesentwurf enthält auch einen Abkündigungs- und Schieds-Gerichte. Deren Urteile sollen nur dann gültig sein, wenn sich beide Parteien ihnen unterwerfen. Zum Abkündigen von Kollektivverträgen sind die Vereinigungen der Unternehmer beider Arbeiter berechtigt, doch muß in den betreffenden Generalversammlungen mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend sein, und wenigstens zwei Drittel der Anwesenden müssen dem Vertrag zustimmen. Auch die „Errichtung von Arbeiterkammern“ ist vorgesehen, und zwar am Orte der Hand- und Gewerbebetriebe. Die diesen Arbeiterkammern zugewiesenen Aufgaben sind von geringer Bedeutung. Sie sollen statistische Daten über Arbeitsverhältnisse sammeln, wenn solche von ihnen verlangt werden. Von diesen Kammern, sowie von den zu errichtenden Gewerbe- und Handelsgerichten will man die flottenbewusste Arbeiterschaft von vornherein abschließen. In die Arbeiterkammern kann u. a. nicht gewählt werden, wer wegen einer „gegen den Staat“ begangenen Straftat rechtskräftig verurteilt war. Das passiert in Ungarn den meisten in der Arbeiterbewegung tätigen Genossen. Der Entwurf soll bereits im Herbst durchberaten und noch in diesem Jahre Geleß werden.

Portugal.

Die Föderation der Staatsklaffen.

Lissabon, 10. August. Pais e Paz in m. e. Bei seinem Referat über die Frage der Vorschüsse an die Krone erklärte der frühere Kriegsminister Siza Bimental, die gegenwärtige Situation sei nicht schärfer, als sie gewesen sei, bevor Ferreira die Regierung übernommen habe. Die Frage der Vorschüsse sei eine Fundamente für Stabilität, die die Opposition auszukulten suche, was Ferreira zum großen Schaden des Vaterlandes und der Institutionen des Landes nicht verhindern werde.

Serbien.

Wieder ein Stupjina-Zwischenfall.

Belgrad, 10. August. In der heutigen Sitzung der Stupjina kam es während der Beratung des Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn zu hitzigen Ausbrüchen. Der ultraliberale Dragowitsch brachte gegen den Nationalisten Georgiewitsch eine Rede ein, die ihn zum Lachen brachte, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Während der Sitzung führte Georgiewitsch auf Dragowitsch und versetzte ihm einen Schlag in das Gesicht. Dragowitsch wollte nach dem Schlag auf die Straße greifen, wurde aber von seinen Parteigenossen aus dem Saale gedrängt. Mitten im Saale kam es zu einer großen Schlägerei. Durch das Eingreifen der Minister und verschiedener Abgeordneter wurde ein friedliches Ausgehen vorgebeugt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde der Zwischenfall beigelegt. Die Stupjina nahm das Budget für 1908 mit 79 gegen 29 Stimmen in zweiter Lesung an.

Türkei.

Die ersten Reformen.

London, 10. August. (R. A.) Man glaubt allgemein in Konstantinopel, daß die türkische Regierung unmittelbar nach Eröffnung des Parlaments die Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe verlangen werde, mittels deren der ruffische Gold für die Aemere und die Beamtengehälter gezahlt werden sollen. Geldseitig sollen große Ersparnisse durch Entlassung der vielen überflüssigen Beamten eingeleitet werden, die sich auf den Ministerien herumdrücken. Ferner soll die Anstellung ausländischer Finanzstellen und anderer Sachverständiger zur Verbesserung der Finanzen und zur Erschließung der natürlichen Hilfsquellen des Landes in Erwägung gezogen werden. Das Komitee hat beschlossen, die bestehende Polizei durch besondere ausländische Schupleute zu verstärken, die aus freiwilligen von besonderer geistiger und physischer Befähigung entnommen werden sollen. Die Maßregel ist populär, da die unter dem alten Regime herangebildeten Polizisten den neuen Verhältnissen nicht gewachsen sind. Es wird immer wieder gemeldet, das Komitee, das bisher die eigentliche Regierung darstellte, wolle „surdrücken“ und dem jussiz an seine Kräfte ermannen jetzigen Kabinett die Leitung der Geschäfte überlassen. Die Osmanische Bank hat nun der Regierung im ganzen seit Ausbruch der Revolution 195 000 türkische Pfund vorgeschossen.

Wien, 10. August. Der R. Fr. Fr. wird aus Konstantinopel gemeldet: Schon nächster Tage wird der Großfürst Siam ein Programm bekanntgeben, das er mit einem Rückblick auf seine Vergangenheit eingeleitet gedenkt. Das Komitee sammelt jetzt für einen Nationalfonds. Außerdem sind sowohl eine äußere als auch eine innere Anleihe, mit zehnjähriger Amortisation geplant.

Konstantinopel, 10. August. Die persische Botschaft hat der Porte eine Note überreicht, die gegen die angebliche Pflicht der Türken, Urmia zu besetzen, protestiert und die endliche Befreiung dieses anwesenden, vom Jibid und der Militärpartei herbeigeführten Zustandes sowie die Räumung der freitigen Grenzgebiete verlangt. Der Minister des Äußeren erkannte die persischen Gesichtspunkte an und vertrap die Regelung der Forderungen.

Rußland.

Der Niedergang des „Verbandes des russischen Volkes“.

Aus Petersburg schreibt man der Russ. Korresp.: Es vergeht kein Tag ohne öffentliche Skandale im „Verbande des russischen Volkes“. Die Gruppen dieser Pogromorganisation (den sich an vielen Stellen des Reiches auf und erzeugen dabei einen eifererregenden Gehalt. Immer handelt es sich nicht nur um persönliche Intrigen, sondern um verhängnisvolle materielle Operationen. Darin ist in der Chef der Organisation selber groß. Bekanntlich hat dieser Haupt demagogie aus der ungewöhnlichsten Selbsttäuschung bislang noch immer nicht über die von ihm verwendeten und, wie allerlei bekannt ist, wird, veruntreuten Gelder irgend welche Rechenschaft abzugeben. Die gleichen oder ähnlichen Anklagen erheben sich nun gegen die offiziellen Gruppenvertreter in Odessa, Simferopol, Odeson, Nikolajew, Jaiskograd und an anderen Orten, und ausgeschickte Mitglieder sind es gewöhnlich, die mit Enttäuschungen kommen. Anstatt solche Enttäuschungen zu widerlegen, pflegen dann die offiziellen Gruppenvertreter in ihren Blättern ein ungewöhnliches Geschwätz zu erheben und das russische Volk vor den neuen „Verdrüben“ zu warnen. Diese Warnung scheint einfach dadurch entstanden zu sein, daß die Petersburger „hochgestellten“ Selbsthellen genehmigt nicht zu reichlich sind. Der „Verband des russischen Volkes“ wird nämlich von den entscheidenden Petersburger Stellen und mit vollem Recht auf seine besondere Rolle im Pogromtreiben eingeschätzt. Bei der augenblicklichen politischen Konjunktur ist jedoch für die nächste Zeit Pogrombedarf vorhanden; die am Ruher befindlichen Männer vermögen ihre reaktionären Gelüste durch andere, für das Reich weniger schmerzliche Mittel in Erfüllung zu bringen.

helferleistungen bei dem sogenannten nationalen Werke der Volksauspländerung bereit finden wird.

Steuerkonflikt in Baden.

Karlsruhe, 10. August. Zwischen dem Landtag und der Regierung ist ein Konflikt ausgebrochen. Die Budgetkommission hatte sich nicht entschließen können, der Regierung für die kommende Budgetperiode Steuern in der angeforderten Höhe zu bewilligen. Die Regierung wünschte die Erhöhung der Einkommensteuer von 3 auf 3,50 pro 100, die Budgetkommission beschloß eine Erhöhung auf 3,25. Die Regierung wünschte bei der Vermögenssteuer eine Steigerung des Steuerfußes von 11 auf 12 Pfennig, die Budgetkommission lehnte das ab. Auch zu der geforderten Preisgabe des Zuschusses an die Eisenbahntilgungskasse hat sich die Budgetkommission nicht bereit erklärt, weil nach ihrer Ansicht sich die Eisenbahnschulden in den nächsten Jahren noch vermehren werden. Nur über die Aufhebung der Preisfestsätze hat sich Regierung und Landtag einig. In der letzten Landtagssitzung am Sonnabend hat nun die Zweite Kammer dem Kommissionsbeschlusse ihre Zustimmung mit 47 gegen 17 Stimmen erteilt. Staatsminister v. Dusch erklärte jedoch diesen Beschluß für unannehmbar. Die Durchführung des Beamtengesetzes ist durch diesen Beschluß in Frage gestellt. Am Sonnabend nachmittag hat noch eine mehrstündige Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden. Hierbei soll auch die Auflösung des Landtages und Ausschreibung von Neuwahlen noch für dieses Jahr erwogen worden sein.

Abschaffung der Amtsblätter in Baden.

Die badische Regierung hat eine Verordnung erlassen, nach der das System der Amtsblätter beseitigt wird; an Stelle jener Blätter soll ein unparteiisches amtliches Anzeigenblatt ohne Text und Privatannoncen treten. Die Verbreitung dieses Blattes wird folgendermaßen stattfinden: In jedem Bezirk wird ein Zeitungsverlag bestimmt, der verpflichtet ist, das amtliche Anzeigenblatt der von ihm herausgegebenen Zeitung in der ganzen Auflage beizulegen. Außerdem hat der Verlag die Verpflichtung, es auf Wunsch jeder im Bezirk erscheinenden Zeitung, die das Anzeigenblatt beizulegen wünscht, zum Selbstkostenpreise abzugeben. Die Sachkosten dürfen dabei jedoch nicht berechnet werden. Ferner ist ein Einzelabonnement zum Preise von 1 M. pro Quartal vorgezogen. — Die Verordnung ist eine Konzeption an das Zentrum, das schon wiederholt Abschaffung der Amtsblätter in der Kammer beantragte, da in Baden alle Amtsblätter national-liberal sind. Durch diese Verordnung rückt das Zentrum in diese Position, denn da in einer größeren Anzahl Kreise das stärksten geleseste Blatt den Druck des neuen Amtsblattes erhält, fällt er bis jetzt in 10 Fällen den Zentrumsblättern zu.

Polizei und Reichsvereinsgesetz.

In der Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in Ludenwalde wurde Protest dagegen erhoben, daß die Polizeibehörde nach wie vor die Vereinsversammlungen überwachen läßt. Der Vorstand wird den Beschwerdeweg beschreiten.

Ein Kameradenhieb.

Wegen Soldatenmishandlung war der Feldwebel Naumeier vom Pionierbataillon Nr. 15 vor dem Kriegsgericht der 30. Division in Straßburg angeklagt. Es wurde durch Zeugenauslagen festgestellt, daß er drei Soldaten wegen kleiner Vergehen mit der Säbelklinge geschlagen hat, einen von ihnen darauf heilig an die Wache, daß er auf der Stelle zusammenbrach und Krämpfe in das Bein bekam, so daß er von seinen Kameraden vom Plage getragen werden mußte. Das Kriegsgericht verurteilte den Soldatenverführer, nachdem sein Verteidiger, ein Pionierhauptmann, seine Freiwerdung beantragt hatte, aber nicht wegen Soldatenmishandlung, sondern nur wegen vorstrafwidriger Behandlung zu — 3 Tagen gefänglicher Arrest.

Der Arbeiterkammer-Gesichtswort wird nach dem Münch. N. N. wegen der Krut, die der vorläufige Entwurf gefunden hat, in den Bundesratsausschüssen einer durchgreifenden Umarbeitung unterzogen, die zwar nicht das Prinzip der paritätischen Zusammensetzung der Arbeiterkammern und nicht die Tätigkeitsgebiete betreffen, dagegen aber die Organisation ändern soll. Die Anlehnung an die Berufsvereinigungen ist gut als aufgegeben, ebenso der Wahlmodus für die Arbeitervertreter. Selbstgehalten aber soll der Grundgedanke der beruflichen Gliederung werden, wenn auch den territorialen Verhältnissen mehr Rücksichtnahme als bisher gemacht werden sollen.

Lucanus Nachfolger. Nach Mitteilung des Staatsanzw. in Regensburgpräsident von Valentini in Frankfurt a. O. zum Geh. Kabinetsrat ernannt und ihm die Leitung des Geheimen Zivilkabinetts übertragen worden. v. Valentini, der vor seiner Ernennung zum Regensburgpräsidenten bereits Vortragender Rat im Geheimen Zivilkabinett gewesen war, hatte bei bisherigen Kabinettschef v. Lucanus während dessen Krankheit schon vertreten.

Krankheit Feindlich gegen das Koalitionsrecht. Der in voriger Woche in einer Berliner Konferenz der Unterbeamten der Reichsvereine gegründete Verband der Post- und Telegraphen-Unterbeamten Deutschlands zählt 260 Mitglieder. Wird die Verbandsorganisation vom Staatssekretär nicht genehmigt, so bleiben die Bezirksvereine mit einseitigen Statuten und Beiträgen bestehen.

Die Schändingaffäre. Nach einer amtlichen Mitteilung des Oberpräsidenten an die Rieder Zeitung ist im Falle Schänding eine schleunige Behandlung des Verfassens angeordnet worden.

Stöcker's Mandat. Die nationalliberale Partei Siegen-Wittgenstein-Wiedenfeld stellte, da bei der Krankheit Stöcker's die Wiederlegung seines Mandats zu erwarten sei, den Bergbaumann a. D. Vogel in Bonn als Reichstagskandidaten auf.

Neine politische Nachrichten. Die Neue Fr. Fr. meldet aus Triest: Bei einem von Studenten veranstalteten Anzuge kam es zu einem Zusammenstoß mit Italienern, die „Abzug“ und „Futur“ riefen. Die Polizei nahm 20 Verhaftungen vor. Die Italiener veranstalteten dann, indem sie nationale Lieder sangen und „Hoch das italienische Triest!“ riefen, einen Anzug durch die Stadt. Abends erneuerten sich die Demonstrationen. Die Polizei schickte die Menge, wobei abermals zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. — Die Unternehmung in Angelegenheit der russischen Verlesungsfälle nimmt große Dimensionen an. Es haben weitere zahlreiche Verhaftungen bevor. Wie die Unternehmung bereits ergab, ist der Turnverein Selbst Solos von serbischen Generalsabdecker organisiert worden. — Aus Brüssel wird gemeldet: Der Pariser Centralbureau zu Agitation zu werden unterteilt. Mitglieder des Bureau waren die belgischen Konsul in Köln, München und Frankfurt. Es wird ein vom Generalkonferenz des Kongresses-Verbandes an den Münchener belgischen Generalkonferenz Staud gerichteter Brief veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß der Kongress in München vier Gehälter etwa 11 000 Franc auszahlte und außerdem 7000 Franc jährlich an Agitationsgelder zur Verfügung stellte, die jedoch je nach Bedürfnis um weitere 10 000 Franc erhöht wurde. — Bei dem am Sonntag an den spanischen Staatsfeiern begangenen Umsturz der Duro's Revolution, der nicht in der konstanten Münze geprägten spanischen Münze, wurden in Madrid allein 12 000 dieser Stücke als falsch bezeichnet.

Eisen- und Maschinenindustrie ließ die Arbeitslosigkeit im Juli weiter nach. Aus Brandenburg a. N. wird als schädliches Zeichen bemerkt, daß die großen Fabriken fast keine Arbeitskräfte mehr einstellen. In Dresden ist für Eisenarbeiter, Schlosser und Mechaniker wenig Beschäftigung vorhanden. Hiesel meldet großen Ueberfluß an Schlossern. Eine Befragung wurde nur in Ludwigsstaden und in Luedlindung beobachtet. In der Schmuckwarenindustrie Forzheims trat gegen den Vormonat keine günstige Wendung ein. Im Bergbau hat die Förderfähigkeit nachgelassen, so daß nur noch vereinzelt Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden ist.

Die Verunsicherung des Arbeitsmarktes kommt aber ganz besonders scharf in dem steigenden Ueberfluß von ungelohnten Arbeitern zum Ausdruck. So meldet Frankfurt a. C. ein starkes Ueberangebot. In Berlin ist die Lage für ungelohnte Arbeiter besonders unangünstig, ebenso in Potsdam. Hamburg leidet unter starkem Andrang Angelegener, für die wegen der kleinen Geschäftslage in der Schiffahrt keine Verdienstmöglichkeiten vorhanden ist. In Haffel, Bielefeld und Heilbronn nimmt das Ueberangebot von ungelohnten bedürftigen Dimensionen an. Nach Tienitz m. d. N. ist die Nachfrage zwar noch immer lebhafter als das Angebot, aber auch hier scheint sich ein merklicher Umschwung vorzubereiten. Hindernissen sind z. B. nicht überall mehr dem Angebot entsprechend unterzubringen. Da die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften in den gewerblichen Betrieben nachgelassen hat und noch der Erste zahlreiche junge Mädchen frei werden dürften, so ist ein vermehrter Zugang von Arbeitsuchenden im Deutlichenbedarf für die kommenden Monate ziemlich wahrscheinlich.

Deutsches Reich.

Gegen die Kriegsheher.

Eine eindrucksvolle Demonstration veranstaltete am Sonntag die Breslauer Arbeiterkassette. In einem außerhalb der Stadt, dicht an der Stadtgrenze gelegenen Gartenlokal fand um 11 Uhr vormittags eine Versammlung unter freiem Himmel statt, in der Eduard Bernstein über: Die auswärtige Lage und das Sozialrecht sprach. Es haben 6000 bis 8000 Personen an der Versammlung teilgenommen. Eingeleitet wurde die Kundgebung durch einen Massenschrei von 250 Arbeitersängern. Die Ausführungen des Referenten wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen, und es gelangte zum Schluß eine Resolution zur Annahme, durch die die Versammelten gegen das Treiben der Kriegsheher protestierten und ihre ganze Kraft für die Verbrüderung der Völker einzusetzen versprochen. Die Versammlung protestiert dagegen, daß das Werk Juppelins vor den Augen des Militarismus gespannt wird und beglückwünscht die Bevölkerung der Türkei zu der erzwungenen Selbstregierung. Unter Hochrufen auf die internationale Sozialdemokratie und den Referenten gingen die Versammelten auseinander.

Die Polizei hatte umfangreiche Vorkehrungen getroffen, und auf dem Rückwege durch die Stadt waren überall starke Schutzmanschnrupps unter der Leitung von Kommissaren zu sehen. Auch waren sie, wie immer bei solchen Anlässen, mit Revolvern bewaffnet, die Ordnung konnten sie aber nicht weiter stören.

Liberaler Kengst.

Die liberale Presse hat endlich das unfehlbare Mittel zur Aufklärung der liberalen Lebensgeister entdeckt. Sie macht Jagd auf Resulten. Dem Scharbild der Post. Bis jetzt es gelungen, in der Millionenstadt Berlin eine angebliche Niederlassung von sechs — man denke — sechs Resulten aufzuspielen und nun ruft sie zum Schutze ihrer liberalen Freiheitsgüter die Polizei an!

Eine Geheperlegung liegt hier vor, daran ist nicht zu zweifeln, und es ist nicht einzulassen, weshalb die Geheperlegung geduldet werden soll. Zeitlicher Einfluß ist nun einmal ein unheilvoller, ein Einfluß, der sich mit kulturpolitischen und modern-haaslichen Bewusstseins nicht verdrängt, er wirkt ebendrin religiös-konfessionell fast verdrängend. Also fort mit ihm, soweit das möglich ist! Noch eine andere Geheperlegung findet sich in der Tätigkeit der Resulten. Die Herren führen, ohne nach den hier zu Lande geltenden Gesetzen dazu befugt zu sein, den Titel „Professor“, und die Zentrumspresse unterstützt dies, indem sie in ihren Berichten allen Ernstes vom Professor A. und Professor B. spricht, obwohl es fraglich ist, ob diese „Professoren“ auch nur das Abstrusitätenregimen riss gemacht haben. Es handelt sich bei diesen Ausführungen gewiß nicht um kleinliche Verfolgung von Personen, sondern um einen berechtigten Einspruch gegen Verfall und Ausbreitung eines schlechten Systems, das, wie Kaiser Wilhelm I. in seinem Briefe an Reichs-Oberpräsidenten sagt, „in keinem Lande der Welt sich verdrängt erwiesen hat mit der Wohlfahrt und dem Frieden der Völker.“

Das ist ein Liberalismus ganz nach dem Herzen unserer Kulturkampferischen Nationalliberalen. So breitt sich die Nationalzeitung hinzuwageln:

Bedenklich bedarf diese Angelegenheit der Aufklärung. Man könnte verächtlich sein, die Sache humoristisch zu betrachten, handelt es sich doch nur um ein laibes Tugend Resulten. Indessen in solchen Dingen ist der Spas nicht angebracht. Da heißt es: Principia obsta! (Man wahre den Anfängen!) Was könnte allerdings versucht sein, die Angst des liberalen Bürgertums vor dem schwarzen Gespenst von der humoristischen Seite zu nehmen, wenn einem nicht die Schamrute über solche Rücksichtslosigkeit der politischen Auffassung überläme, die sich innerhalb der bürgerlich-liberalen Parteien breit machen dürfen. Meinungen der demokratischen Parteien, aber nicht mit Ausweitung und Polyzynnpffel.

Das bescheidene Zentrum.

Daß Verhandlungen mit dem Zentrumsführern von der Regierung über die Finanzreform geschlossen werden, hatte die Areszist, als Tatsache bezeichnet. Die Köln. Volksztg. dagegen behauptet, sie habe von solchen Verhandlungen noch nichts gehört, und bezweifelt auch die Richtigkeit der Mitteilung der Areszist. Im übrigen spricht das liberale Blatt die Meinung aus, daß es vom Standpunkt des Zentrums weitens das beste sei, den Dingen einfach ihren Lauf zu lassen und nicht etwa durch eine Mine die Sprengung des Blockes zu versuchen; denn dann würde die Blockstimmung nicht verschwinden, sondern aus der Erblitterung über das Jahr Ende erst recht neue Nahrung saugen. „Das Zentrum wird den Block Block lassen und lediglich abwarten, ob die Blockparteien sich entschließen werden, wenigstens den exkludierten Herrenstandpunkt, den sie bisher im Reichstage betätigten, zu verlassen und das Zentrum als im Reichstage gleichberechtigte politische Partei anzuerkennen. Das ist das einzige, woran es jetzt zunächst ankommen kann.“

Das Zentrum weiß, daß es mit seiner Politik des Abwartens am weitesten kommt. Die bescheidene Bitte, die Blocklinge möchten die „Verrückterklärung“ gegen das Zentrum aufgeben, ist nicht anderes als ein deutlicher Jaundehinweis für Wilton, daß er das Zentrum in „schweren Stunden“ zu Helfers-